

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB setzt sich mit den sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grünen auseinander: Bekenntnisse zur Politikunfähigkeit.
Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdB skizziert die dringendsten Entscheidungen des bevorstehenden EG-Gipfels: Kopenhagen darf kein Gipfel des Provinzialismus werden.
Seite 4

42. Jahrgang / 230

2. Dezember 1987

Bekenntnisse zur Politikunfähigkeit

Anmerkungen zu sicherheitspolitischen Vorstellungen der Grünen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Die Abwesenheit der Grünen in der gegenwärtigen Abrüstungs- und sicherheitspolitischen Diskussion ist die Spätfolge ihrer eigenen dogmatischen Verengung, insbesondere seit der Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover 1986. Ihr Programm für die Wahlen zum Deutschen Bundestag 1987 war im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik ein Pamphlet wider die eigene Politikfähigkeit. Erstarrung durch einfaches Fortschreiben veralteter Floskeln, einst und immer noch den „traditionellen“ Parteien vorgeworfen, wurde nun zum grünen Leitmotiv. In Hoffnung darauf, daß die Grünen im Interesse der politischen Kultur in der Bundesrepublik doch noch zum Bruch mit ihrem bisherigen sicherheits- und abrüstungspolitischen Dogmatismus fähig sind, will ich mich erneut mit ihren Äußerungen zu diesem Themenbereich aus den letzten Monaten auseinandersetzen.

Es war noch nie leicht, sich mit den Grünen auseinanderzusetzen, da eine grüne Position aus der Vielzahl voneinander abweichender und auch gegensätzlicher Aussagen herauszufiltern nahezu unmöglich ist. Grundlage soll deshalb das Wahlprogramm sein, kontrastiert mit Positionen zum Beispiel von Otto Schily, Karitas Hensel, Alfred Mechttersheimer und Wolfgang Bruckmann. Insbesondere die innerparteiliche Kritik Otto Schilys und Wolfgang Bruckmanns an grünen sicherheitspolitischen Konzeptionen sind überaus bemerkenswert, leider aber auch überaus folgenlos geblieben. Wie ich schon 1986 dargestellt habe, sind in einigen Sachgebieten reformökologische beziehungsweise realpolitische Positionen innerhalb der Grünen auf dem Vormarsch. Für den Bereich der Sicherheits- und Abrüstungspolitik gilt dies leider weniger.

Auch ich kann Wolfgang Bruckmann nur zustimmen, daß Teile der Grünen programmatisch „oft groteske bis paranoide Züge“ an den Tag legen, da man sich ja um jeden Preis von der SPD abgrenzen muß. Das abgeleitete Bekenntnis zu einer fundamenta-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
mit dem
Presse-Papier



len Opposition gegen die Sicherheits- und Abrüstungspolitik aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien entlarvt sich häufig als heiße Luft mit wenig konzeptioneller Substanz.

Einige Blicke auf ausgewählte Punkte der sicherheitspolitischen Programmatik der Grünen:

Zur Nato

„Wir müssen raus aus der Nato, weil es mit der Nato keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die Nato ist nicht reformierbar.“

Soweit das Programm zur Bundestagswahl 1987. Ins gleiche Horn bläst der ansonsten realpolitische Alfred Mechttersheimer, der erst unlängst im Deutschen Bundestag - mit deutlichem Vorwurf an die SPD - Militärbündnisse mit Kriegsbündnissen gleichsetzte und wörtlich hinzufügte: „Nato und Frieden sind grundsätzlich miteinander unvereinbare Größen.“

Immanent wieder etwas relativiert werden diese Aussagen aber noch in der gleichen Rede: „Denn wer sich so, wie das immer wieder geschieht, dem Bündnis ausliefert, hat keine Chance, eine grundsätzlich andere Politik zu machen“, woraus sich nicht unbedingt das Erfordernis eines Austritts aus dem Bündnis ableitet, sondern vielmehr eine Aufforderung, eigene Interessen im Bündnis mit größerem Nachdruck zu vertreten.

Otto Schily's wesentlich realistischere Haltung zum Nato-Austritt stellt innerhalb der Grünen bisher nur die Position einer kleinen Minderheit dar: „Die Ausrufung isolierter Blockfreiheit im Schnellverfahren, das kann kaum gutgehen. Kein Gedanke wird darauf verwendet, wie die Situation der Bundesrepublik nach dem Nato-Austritt aussähe und wie sich ihre Beziehungen zu den europäischen Staaten, insbesondere zu den USA und zur Sowjetunion, nach einem solchen Schritt gestalten sollen. Insbesondere scheint es den Befürwortern eines sofortigen Nato-Austritts keinerlei Kopferzerbrechen zu bereiten, ob sich die Bundesrepublik damit nicht in eine höchst unerfreuliche Abhängigkeit von der Sowjetunion begäbe.“

Die Grünen sind vor das Problem gestellt, ob sie Verteidigung per se ablehnen. Gert Bastian sieht in der Bundeswehr und der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik einen wichtigen Souveränitätsfaktor, der den Handlungsspielraum innerhalb des westlichen Bündnisses vergrößert und den es zu nutzen gilt. Déccord. In diesem Sinne heißt es in den Nürnberger Beschlüssen der SPD, daß „die Bundesrepublik (...) das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern (findet) und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann.“

Der Vorwurf Bruckmanns, die SPD schweige sich darüber aus, was denn geschehen solle, wenn sich die Sicherheitsinteressen nicht durchsetzen lassen, ist legitim. Natürlich kann und wird es auch weiterhin vorkommen, daß die im Bundestag durch die jeweilige parlamentarische Mehrheit definierten - ansonsten aber keineswegs eindeutigen - Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht in vollem Umfang durchgesetzt werden können. Die Grünen schweigen sich jedoch dazu aus, wie deutsche Interessen außerhalb des Bündnisses nicht nur artikuliert, sondern auch wirksam durchgesetzt werden könnten.

Besonders interessant wäre es, von ihnen zu erfahren, wie sich bundesdeutsche Sicherheitsinteressen dann außerhalb des Bündnisses gegenüber der atlantischen Weltmacht USA und der eurasischen Weltmacht Sowjetunion durchsetzen ließen. Unbeantwortet bleibt auch die Frage, wie unsere europäischen Nachbarn in Ost und West auf eine derartige nationalstaatlich orientierte Sicherheitspolitik eines deutschen Staates im Zentrum Europas reagieren würden.

Gertrud Schilling warnt Alfred Dregger im Bundestag zwar zu Recht vor einer „Renationalisierung der deutschen Außenpolitik“, weil sie „eine Provokation gegen europäische Interessen“ sei. Daß dies aber gerade die Wirkung des von den Grünen geforderten Austritts der Bundesrepublik aus der Nato sein würde, verschweigt sie.

Die gleichen Grünen, die im Bundestag vor wenigen Jahren die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen als logischen Ausfluß einer nuklearen Erstschlagstrategie der Nato anpörrigten, können jetzt angesichts der Bereitschaft der Nato, die doppelte Null-Lösung - wenn auch widerwillig - hinzunehmen, nicht mehr glaubwürdig die politische Karikatur von einer unreformierbaren Nato weiterverbreiten.

Zur Gestaltung der Ost-West-Beziehungen

Über die zukünftige Gestaltung der Ost-West-Beziehungen äußern sich die Grünen bisher (sieht man von Schilys Vision einer „Mittleuropäischen Friedensunion“ ab) nur in vagen Andeutungen:

„Eine Politik einseitiger Abrüstungsschritte in der Bundesrepublik wird bei einem endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und ‚Wieder- oder ‚Neuvereinigungsoptionen‘ nicht ohne Rückwirkung auf die Warschauer Pakt-Staaten bleiben, denn diese Staaten könnten somit ihre Handlungsspielräume gegenüber ihrer Blockvormacht erweitern.“

Glauben und soziologische Möglichkeitsdiskurse können konkrete Gestaltungskonzepte nicht ersetzen. Wir Sozialdemokraten definieren unser Konzept zur Gestaltung der Ost-West-Beziehungen aus der Tatsache der Gefährdungsgemeinschaft der Völker in Ost und West, woraus sich ableitet, daß Sicherheit nur gemeinsam gewahrt werden kann. Hauptpfeiler einer solchen gemeinsamen Sicherheit sind der Prozeß der Abrüstung sowie das Forcieren der Entwicklung von Formen der politischen Konfliktvorsorge.

Zur Abrüstung und Konfliktvorsorge

Es überrascht nicht, daß die Grünen auch hier einseitige Abrüstung und Nato-Austritt als Konzept anpreisen: „Wir wollen, daß die Bundesrepublik sich der militarisierten Außenpolitik von Nato und der USA entzieht und aus der Nato austritt. Dazu ist es notwendig, mit einseitigen Abrüstungsschritten hier und jetzt zu beginnen.“

Die sozialdemokratische Konzeption der „gemeinsamen Sicherheit“ wurde von den Grünen bisher abgelehnt. Auch der zum realpolitischen Flügel der Grünen zu rechnende Alfred Mechttersheimer lehnt die sozialdemokratische Konzeption, durch eine zunehmende sicherheits- und abrüstungspolitische Zusammenarbeit zur friedensfördernden Kooperation zwischen den Militärbündnissen und schließlich zur Überwindung der Blöcke beizutragen, ab: „Es ist ein Stück Ideologie, wie man aus Militärbündnissen in den Köpfen der Menschen Instrumente des Friedens machen konnte.“

Einer der ganz wenigen Grünen mit einer differenzierteren, wenn auch nicht sehr konkreten Argumentation ist Otto Schily: „Die Konfrontation in Europa kann nur auf dem Weg der auch von dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow angesprochenen Demilitarisierung Europas überwunden werden (...) Die politische Phantasie wird, so hoffe ich, auch zu neuen Formen gesellschaftlicher Kooperation und Vernetzung führen, die sich nicht mehr auf bloße staatliche Vertragsformen beschränkt.“

Schily durchbricht auch das erst im September dieses Jahres im Bundestag wiederholte Dogma Alfred Mechttersheimers, daß Militärböcke und blockübergreifende Kooperation wie Feuer und Wasser seien.

Ganz richtig erkannt hat Wolfgang Bruckmann, daß die „Doktrin der gemeinsamen Sicherheit (...) nun der Versuch der Sozialdemokraten (ist), gegen den Konfrontationskurs der US-Administration das Kooperative zum bestimmenden Faktor der internationalen Politik zu machen. Folgerichtig tritt die SPD für eine zweite Phase der Entspannung ein“, was übrigens auch der Forderung der Grünen nach einer blockübergreifenden Strategie entspräche. Allerdings blieben die Grünen bisher die Antwort auf die Frage schuldig, wie sie reformerisch und damit Schritt für Schritt von der heutigen Wirklichkeit der Hochrüstung in Ost und West zu der von Waltraud Schoppe zu Recht als langfristige sicherheitspolitische Alternative des „vertrauensvollen Miteinander der Völker“ gelangen wollen.

Die SPD erstrebt eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten der Blockgrenzen, die Grünen bieten als Konfliktverhütung an: a) Nato-Austritt... Auch Bruckmann entwickelt - trotz interessanter und durchaus ernst zu nehmender Abschwächungen vom Postulat der allein glücklich machenden einseitigen Abrüstung - eine dann doch wieder ob ihrer Platitude erstaunliche Synthese: „Einseitigkeit ist das Standbein realistischer Abrüstungspolitik, Vertragspolitik und mehrseitige Abmachungen ihr Spielbein.“

Wohlthuend ist immerhin, daß er die Frage nach einseitiger Abrüstung ohne Verteidigungskonzeption nicht länger tabuisiert, wenn auch das Wort „Verteidigung“ flugs in „Vermeidung von Wehrlosigkeit“ umgetauft wird.

Allgemeines grünes Gedankengut ist diese bemerkenswerte Fortentwicklung im Jahr seit der Veröffentlichung nicht geworden. Das grüne Konzept einer „sozialen Verteidigung“ ist mit der von Bruckmann vorgeschlagenen Komponente der „militärischen Defensivkonzeption“ so weit von der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der SPD nicht entfernt.

(-/2.12.1987/va-he/st)

Kopenhagen darf kein Gipfel des Provinzialismus werden

Die EG benötigt Handlungsfähigkeit und europäische Selbstbehauptung

Von **Heidemarie Wiczorek-Zeul** MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Aus der Umgebung des Bundeskanzlers hören wir, daß der deutsche Regierungschef befürchtet, der Europäische Rat der EG-Staats- und Regierungschefs am nächsten Wochenende in Kopenhagen könne ohne die notwendigen Entscheidungen zu Ende gehen. Die am 1. Januar beginnende deutsche EG-Präsidentschaft wäre dann in der Tat mit einer Erblast eigener Art beschwert: Denn wer monatelang die Entscheidungen im Agrar- und Finanzminister-Rat (um nur die wichtigsten zu nennen) blockiert, darf sich nicht wundern - wenn er selbst in die Pflicht genommen - nicht vorankommt.

Denn nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch der BDI und andere aus Koalitionssicht unverdächtige Organisationen mahnen: Die Bundesregierung torpediert seit geraumer Zeit die notwendigen EG-Reformen. Sie gefährdet damit die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft in einer Zeit, in der die weltwirtschaftliche Situation ein entschlossenes Handeln verlangt. Indem sie weiterhin die Kommissions-Vorschläge zur Agrarreform ablehnt, gefährdet sie das gesamte „Delors-Paket“, das eine Einheit aus Agrarreform zur Beseitigung der Überschußproduktion, neuem Finanzierungssystem der EG und der Verdoppelung der Strukturfonds darstellt. Die einzelnen Elemente müssen gemeinsam verwirklicht werden.

Indem die Bundesregierung in einer Situation, in der der Blick nach vorn auf die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes gerichtet werden muß, an dem verfehlten Kurs der Agrarpreis-Subventionen festhält, verspielt sie aus kurzsichtigen, parteitaktischen Interessen die Chancen des Gipfels. Welch eine falsche Prioritätensetzung: Die größte Industrie-Nation der EG, die ein Hauptnutznießer des Binnenmarktes wäre, klammert sich an eine rückwärtsgewandte Agrarpolitik, die auch die Existenz der kleinen und mittleren Landwirte nicht mehr sichert. Sie ist damit im Begriff, die Zukunftschancen für Arbeitsplätze in Wirtschaft und Handel zu verspielen.

Der Kopenhagener Gipfel der Staats- und Regierungschefs droht unter diesen Vorzeichen, zu einem Gipfel des Provinzialismus zu werden. Was wir aber benötigen, ist ein Gipfel der Handlungsfähigkeit und der europäischen Selbstbehauptung.

Wir Sozialdemokrat(inn)en orientieren unsere Erwartungen an den Kopenhagener Gipfel und die Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik an den folgenden Leitsätzen:

1. Europäischer Fortschritt darf nicht zu einem Verlust parlamentarischer Kontrolle, zu einem weiteren Verlust der Einflußmöglichkeiten der Bürger und Bürgerinnen, führen.

Das bedeutet:

- Mehr Rechte für das Europaparlament im praktischen Handeln. Konkret: Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der Verwirklichung der EG-Haushaltsdisziplin für ein inter-institutionelles Abkommen zwischen Europaparlament, EG-Kommission und Europäischem Ministerrat einzusetzen, um die Rechte des Europaparlaments zu sichern?
- Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der Entscheidung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft für die Ausweitung der Mitentscheidungsrechte des Europaparlaments einzusetzen, ähnlich wie das 1976 unter der SPD-geführten Bundesregierung erfolgte?
- Kommunalwahlrecht für Ausländer;
- Beseitigung der Grenzkontrollen und wirkliche Freizügigkeit für Bürger und Bürgerinnen;



2. Ein einheitlicher europäischer Binnenmarkt ist notwendig zur Selbstbehauptung Europas, aber er bedarf der sozialen Gestaltung.

Das heißt:

- 0 Der Binnenmarkt kann nicht ohne stärkere währungspolitische Zusammenarbeit funktionieren; eine europäische Währung und eine Zentralbank sind gerade angesichts der neuen weltwirtschaftlichen Gefährdungen notwendig.
 - 0 Die weltwirtschaftliche und währungspolitische Situation erfordern ebenso eine gemeinschaftliche Initiative zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit („Arbeit und Umwelt“ europaweit).
 - 0 Ein Ausgleich für die wirtschaftsschwächeren EG-Mitgliedsstaaten über die Verdoppelung der Strukturfonds ist notwendig, aber deutsche Krisenregionen müssen auch weiterhin daraus finanziert werden.
 - 0 Der Binnenmarkt darf nicht zur Aushöhlung der Mitbestimmung, der Rechte der deutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen führen.
 - 0 Ein einheitlicher Binnenmarkt braucht hohe Umwelt- und hohe Verbraucherstandards.
3. Die Reform der EG gelingt nur über eine Reform der Agrarpolitik mit dem Ziel der Sicherung der Einkommen der Landwirte (statt der bisherigen Preissubventionierung).

Das heißt:

- 0 Die Bundesregierung setzt die falschen Prioritäten. Sie gefährdet damit die Verwirklichung des Binnenmarktes und damit auch Arbeitsplätze in der Industrie.
- 0 Die Bundesregierung kann über ihr Festklammern an der überholten EG-Preissubventionierung die Einkommen und Existenzen der Landwirte nicht sichern. Direkte Einkommensbeihilfen für Landwirte neben einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Preispolitik - das ist die einzige Perspektive.



- 0 Ohne Reform der Agrarpolitik macht auf Dauer eine Erhöhung der Eigenmittel der EG keinen Sinn.
- 0 Ohne die sogenannten Agrarstabilisatoren wird das Überborden des Agraranteils im Haushalt sich fortsetzen. Alle drei Elemente des sogenannten „Delors-Paketes“ müssen parallel umgesetzt werden.
- 4. Die Bundesregierung versteckt sich hinter der Europäischen Gemeinschaft, wenn sie eine Erhöhung der Verbrauchssteuern (und in Zukunft auch der Mehrwertsteuer) ankündigt. Sie versucht damit, Finanzlücken im Bundeshaushalt zu stopfen, die ihre verfehlte Steuer- und Finanzpolitik gerissen haben.
- 5. Die Selbstbehauptung Europas ist notwendig auch im Verhältnis zu den Supermächten. Die Europäische Gemeinschaft muß mehr als bisher zur Friedenssicherung und zum Ausgleich in der Welt beitragen.

Das heißt:

- 0 Die Europäer müssen ihre Interessen besser in den Abrüstungsdialog der Großmächte einbringen.
- 0 Wir streben eine blockübergreifende Selbstbehauptung an. Deshalb ist die baldige Verabschiedung des Abkommens EG/RGW notwendig.
- 0 Jugoslawien braucht besondere Unterstützung der EG, vor allem um seine ökonomischen Probleme und die Verschuldung besser bewältigen zu können.
- 0 Das Mandat für die neuen Lome-Verhandlungen muß der dramatischen Situation dieser Länder Rechnung tragen.
- 0 Ohne eine europäische Initiative zur Entschuldung der Länder der Dritten Welt besteht die Gefahr eines ökonomisch-ökologischen Kollaps.
- 0 Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie nach dem Vorbild der EG die Finanzierung für Nicaragua wieder aufnimmt;
- 0 Die Bundesregierung muß endlich ihre Bremsenrolle bei der Bekämpfung des Apartheidregimes in Südafrika aufgeben. Notwendig sind: Wirkliche Sanktionen der Europäischen Gemeinschaft, wie sie von der Mehrzahl der EG-Mitgliedsländer gefordert werden.

(-/2.12.1987/vo-he/rs)

* * *